

Information zum Pressegespräch

„Bildung zum Miteinander – Was kann Schule gegen Ausgrenzung und Radikalisierung tun?“

Donnerstag, 10.03.2015, 11:00 Uhr, Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels

Ihre GesprächspartnerInnen:

- Josef **Oberneder**, MAS, MSc., MBA, Vizerektor für Hochschulmanagement und Schulentwicklung
- MR Mag. Manfred **Wirtitsch**, Leiter der Abteilung Politische Bildung im BMBF
- Dipl.-Päd. **Moussa Al-Hassan Diaw**, M.A., Pädagoge, Extremismus –Experte
- Mag. Heinrich **Patzelt**, Generalsekretär Amnesty International Österreich
- Mag. Gertrud **Nachbaur**, Institutsleiterin Fortbildung & Schulentwicklung, PH OÖ

Kontakt:

Mag. Gottfried Lutz

Leiter PR und Kommunikation, PH OÖ

Tel.: 0732/7470-7227, Mobil: 0676 8240 7227

Email: gottfried.lutz@ph-ooe.at

www.ph-ooe.at

Bildung zum Miteinander – Was kann Schule gegen Ausgrenzung und Radikalisierung tun?“

Niedriger Bildungsabschluss, Schulabbruch, Migrationshintergründe, (Psycho) soziale und ökonomische Probleme in Familien führen häufig zu Perspektivenlosigkeit und mangelnden Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen. Eine erfolgreiche Teilhabe an unserer Wohlstandsgesellschaft wird so für viele unerreichbar. Dies sind Risikofaktoren nicht nur für Sucht- und Gewaltphänomene, sondern auch für Ausgrenzung und Radikalisierung.

Wie kann Schule diesen negativen Gegebenheiten und Entwicklungen entgegenwirken? Was brauchen Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Voraussetzungen für ein gestärktes Erwachsenwerden? Wie können Kindern und Jugendlichen die Werte einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft vermittelt werden?

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen versuchen wir darauf Antworten zu finden.

Josef Oberneder, MAS, MSc., MBA, Vizerektor für Hochschulmanagement und Schulentwicklung

„Moderne Gesellschaften sind Ausgangspunkt für neue Herausforderungen im Bereich der Bildung. Der professionelle Umgang mit heterogenen Gesellschaftsstrukturen und den damit verbundenen neuen Aufgabenstellungen sind die zentralen Fähigkeiten, um Menschen zu befähigen, die Welt zukunftsfähig zu gestalten. Die Pädagogische Hochschule OÖ stellt sich dieser Aufgabe mit einem kritischen, lösungsorientierten, forschenden und vor allem präventiven Ansatz des Lernens und der Bildung. Wir wollen Lernende befähigen, eine verantwortungsvolle und integrative Sicht auf die Welt und die Gesellschaft zu entwickeln. Schule definieren wir in diesem Kontext als multifunktionalen Ort der Gesellschaft, der neben der Vermittlung von Wissen, als zentraler Ort der persönlichen und der sozialen Bildung steht. Im Dialog mit all unseren Zielgruppen wollen wir gegen Radikalisierung und Ausgrenzung auftreten und konsequent eine inklusive Gesellschaft entwickeln. Unsere Schwerpunkte in den Aus- und Fortbildungsprogrammen stehen visionär für eine 'Bildung zum Miteinander' .

Seit vielen Jahren bieten wir in der Fortbildung für PädagogInnen zahlreiche Angebote zu den Themenbereichen 'Politische Bildung', 'Interkulturalität', 'Interreligiosität', 'Persönlichkeitsstärkung für Kinder und Jugendliche', 'Gewaltprävention' oder 'Konfliktarbeit'. Durch die aktuellen Phänomene der Radikalisierung und Rekrutierung junger europäischer Muslime für Terrororganisationen im Mittleren und Nahen Osten, haben diese Thematiken eine zusätzliche Brisanz erhalten und eine breite Öffentlichkeit erreicht.

Das heutige Symposium, in dessen Rahmen dieses Pressegespräch stattfindet, ist quasi die Auftaktveranstaltung zu unserem Fortbildungs- und Schulentwicklungsschwerpunkt 'Bildung zum Miteinander' im heurigen Jahr, das eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen und Formate beinhaltet.

In der Ausbildung der Lehramtsstudierenden ist das Fach 'Politische Bildung' sowohl in der Grundstufe, als auch in der Sekundarstufe seit Jahren fix verankert. Für die neue Sekundarstufenausbildung ab 2016/17 planen wir ein Ergänzungsstudium 'Politische Bildung', das zusätzliche Berufsqualifikationen für dieses demokratiepolitisch außerordentlich wichtiges Thema ermöglicht.“

MR Mag. Manfred Wirtitsch, Leiter der Abteilung für politische Bildung im BMBF

Bildung gegen Gewalt und Extremismus – Unterstützung von Schulen durch das BMBF

„In einer pluralistischen Gesellschaft ist es wichtig, Wege zu einer mündigen, kritischen, gemeinschaftsoffenen und toleranten Haltung zu finden und diese zu fördern.

Aufgabe der Schule ist es, entsprechendes Wissen zu vermitteln und die Identität von Kindern und Jugendlichen so zu stärken, dass sie als selbstbewusste Menschen an einer demokratischen, modernen Gesellschaft mitwirken können.

Schülerinnen und Schüler, die mit destruktiven Ideologien und Einstellungen wie Rechtsextremismus, Islamismus oder Antisemitismus in Kontakt kommen, stellen eine große Herausforderung für viele Lehrkräfte und Schulgemeinschaften dar.

Unbestreitbar ist, dass allen extremistischen Tendenzen entschlossen entgegen getreten werden muss. Das geschieht laufend und langfristig durch pädagogische Präventions- und Deradikalisierungsansätze, die eine vertiefende Auseinandersetzung mit antidemokratischen und menschenrechtsverletzenden Gedanken und Handlungen ermöglichen und junge Menschen bestärken, gegen jedweden Extremismus aufzutreten.

Bei einer temporär auftretenden Bereitschaft von Schülerinnen und Schülern, destruktiven Ideologien zu folgen, reichen aber oft pädagogische Ansätze nicht aus und es braucht ein gut abgestimmtes Vorgehen von Lehrkräften und Schulleitung unter Beiziehung von SchulpsychologInnen und anderen FachexpertInnen.

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBWF) unterstützt Österreichs Schulen verstärkt mit zahlreichen Maßnahmen zum Thema Gewaltprävention und gegen Extremismen. Deshalb bietet das BMBWF Schülerinnen und Schülern derzeit 300 kostenlose Workshops zu Konfliktlösung, Gewaltprävention und gegen Extremismus an. LehrerInnen können sich beim ZENTRUM POLIS unter 01/42 77-274 44 oder service@politik-lernen.at informieren und anmelden. Weitere Maßnahmen und Informationen finden Sie unter www.bmbwf.gv.at/extremismen_hilfe. “

Dipl.-Päd. Mousa Al-Hassan Diaw, M.A., Pädagoge, Extremismus –Experte

„Aufgrund meiner Erfahrung sind Workshops, die sich mit der Thematik des politischen Extremismus auseinandersetzen eine sehr wirksame Maßnahme, um Radikalisierung und Ausgrenzung auch an Schulen entgegenzuwirken. In diesen Workshops soll die Ideologie entlarvt und dekonstruiert werden. Einige Jugendliche haben fundiertes Wissen über die Ideologie und die wichtigsten Player, darunter sind sogar schon 14-Jährige. Dazu passt, dass inzwischen auch Teenager Österreich Richtung Syrien verlassen haben.

Um Kinder und Jugendliche die Werte einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft zu vermitteln, sollten wir gezielt vorhandene Ressourcen stärken und vor den Gefahren eines gestörten sozialen Zusammenhaltes warnen und aufzeigen, welche Auswirkungen dies auf unser aller Leben haben kann.“

Mag. Heinrich Patzelt, Generalsekretär Amnesty International Österreich

„Ohne Wissen über die Menschenrechte kann man sich nicht für sie einsetzen. Menschenrechtsbildung vermittelt dieses Wissen, schafft Bewusstsein und stärkt die Fähigkeiten, die zu ihrer Umsetzung wichtig sind. Sie fördert darüber hinaus eine Kultur, in der die Menschenrechte geachtet, geschützt und eingefordert werden.

Deshalb legen wir schon seit einigen Jahren einen Schwerpunkt auf Menschenrechtsbildung an

Schulen. Menschenrechtsbildung verstehen wir auch als 'Extremismusprävention', weil sie eine Kultur fördert, in der die Menschenrechte geachtet, geschützt und eingefordert werden. Unsere Programme helfen dabei, Fähigkeiten zu entwickeln, die wichtig sind, um sich für eine gerechte Welt einzusetzen."

Mag. Gertraud Nachbaur, Institutsleiterin Fortbildung & Schulentwicklung, PH OÖ

„Pädagoginnen und Pädagogen sind ständig betroffen von gesellschaftlichen und schulischen Veränderungen, die sich beispielsweise ergeben durch soziale Herausforderungen und Benachteiligungen, durch Migration mit der kulturellen, religiösen und sprachlichen Vielfalt, durch Marginalisierung und Ausgrenzung.

Wir möchten in der Fortbildung Pädagoginnen und Pädagogen stärken, u. a. in ihrer Haltung zur Vielfalt, in der Wachsamkeit gegenüber problematischen Entwicklungen und in den Beziehungskompetenzen wie Kommunikations- und Konfliktfähigkeit. Sehr oft sind dies Unterstützungen im präventiven Bereich wie 'Konstruktiver Umgang mit Unterschieden', aber es bedarf auch der Maßnahmen als Reaktion auf bestehende Problemsituationen wie Gewalt oder Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen.

Wir unterstützen aber auch Schulen vor Ort mit schulinternen Fortbildungen, indem gemeinsam mit dem Team an schulrelevanten Themen gearbeitet wird. Dies kann z. B. sein zu 'Schule und Islam', bei dem es u.a. um die Kopftuchfrage oder das Thema Schwimmen geht oder zum 'Friedenstifertraining', in dem u. a. Soziales Lernen und Konfliktlösungsmöglichkeiten thematisiert werden oder zu 'Radikalisierung und Deradikalisierung', bei dem Gründe und Maßnahmen diskutiert werden. Die Entwicklungen in den letzten Monaten haben uns veranlasst, den Schwerpunkt noch zu intensivieren. Neben dem Symposium 'Bildung zum Miteinander - Gemeinsam im Dialog gegen Ausgrenzung und Radikalisierung' als Auftaktveranstaltung bieten wir im Sommersemester eine 'Begegnung mit den Religionen', ein Philosophikum zur Frage 'Sind wir Charlie?' und im Rahmen der Aktionstage politische Bildung und in der Sommerbildung annähernd 100 Veranstaltungen mit entsprechenden Inhalten. Dass dieses Thema eine Herausforderung für Pädagoginnen und Pädagogen ist, zeigen die steigende Nachfrage nach Fortbildungen und der Besucherrekord dieser Tagung."